

Aufbruch statt Resignation

Analyse von Martin Janssen zum Schweizer Bankenplatz

ti. · An seiner Abschiedsvorlesung hat sich Martin Janssen, Professor am Institut für Banking und Finance der Universität Zürich, für eine Aufbruchsstrategie des Bankenplatzes Schweiz starkgemacht. Damit wendet sich Janssen gegen die vom Bundesrat seit dem Ausbruch der Finanzkrise eingeschlagene Politik, die er als Angst- und Appeasement-Strategie qualifiziert; diese Politik des Nachgebens führe letztlich zu qualitativ schlechteren Bankdienstleistungen und schwäche den Finanzplatz.

Vor diesem Hintergrund plädiert Janssen für eine sachliche Rehabilitierung des Bankkundengeheimnisses und für den Verzicht auf eine Weissgeldstrategie. Der hiesige Finanzplatz habe ein essenzielles Interesse daran, das Bankgeheimnis zu verteidigen, und zwar nicht, um Steuerhinterzieher zu schützen, sondern um die Qualität der Bankdienstleistungen zu wahren. In logischer Konsequenz wendet sich Janssen gegen eine voreilige Einführung des automatischen Informationsaustausches (AIA).

Angesichts der herausragenden Bedeutung des hiesigen Bankenplatzes soll die Schweiz diesen Schritt erst tun, wenn sie tatsächlich dazu gezwungen werde und wenn Länder wie die USA, Grossbritannien und Deutschland selbst den AIA umsetzen und zeigten, dass sie sich an die Abmachungen hielten. Als massgebliches Gremium in Sachen AIA betrachtet Janssen nicht die EU, sondern die OECD.

Auch im Steuerstreit mit den USA ist aus der Sicht von Janssen mehr Rückgrat gefragt. Erstrebenswerter als ein Plazet des Parlaments zur «Lex USA» wäre für betroffene Banken aus diesem Blickwinkel die Option, in den USA ein ordentliches Verfahren mit Anklage, Verteidigung, Beweiswürdigung und Urteil anzustreben. Sollten die USA von sich aus eine oder mehrere Banken anklagen, wäre die Schweizerische Nationalbank laut Janssen gesetzlich verpflichtet, den ins Visier genommenen Instituten bei der Liquiditätsversorgung mit Dollars beizustehen.